

**Rainer Bliesener**  
**DGB-Landesvorsitzender**

**Grußwort**  
**zur GEW-Landesdelegiertenversammlung**

**Heilbronn, 24.04.2008**

---

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Bildung ist eines der wichtigsten Themen in unserer Gesellschaft.

Bildung ist entscheidend für die persönliche Entwicklung, für den Lebensweg, für den beruflichen Aufstieg, für das Einkommen.

Bildungsfragen sind Fragen, die uns alle angehen.

In keinem vergleichbaren Land ist der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg so eng wie bei uns. Es geht um Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen.

Wir müssen endlich weg vom selektiven dreigliedrigen Schulsystem hin zu einem integrativen System, in dem Kinder und Jugendliche länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen und dabei individuell besser gefördert werden.

Wir können und werden es nicht hinnehmen, dass unser Schulsystem von hoher sozialer Ungerechtigkeit geprägt ist.

Deshalb haben wir uns gemeinsam – GEW und DGB – auf einer Landespressekonferenz letzte Woche mit einem „Weckruf Bildungsaufbruch für Baden-Württemberg“ an die Öffentlichkeit und die Landesregierung gewandt.

Der bildungspolitische Reformstau im Land ist unübersehbar.

Ich möchte das an 6 Punkten festmachen:

1. Die Hauptschule hat trotz aller Rettungsversuche und engagierter Arbeit der Lehrkräfte keine Zukunft. Aber nicht die Hauptschule ist das Problem, sondern das gegliederte Schulsystem.
2. Der Rückgang der Schülerzahlen gefährdet bei Beibehaltung der Dreigliedrigkeit ein wohnortnahes Schulangebot.
3. Das dreigliedrige Schulsystem ist nicht zukunftsfähig – es benachteiligt Schwächere und ist hochgradig sozial selektiv!  
Wir brauchen deshalb endlich flächendeckend echte Ganztagschulen mit rhythmisiertem Unterricht und ausreichend qualifiziertem Personal.
4. Die gewerblichen Schulen leiden unter Stundenausfall, Nachwuchssorgen bei den Lehrern, überfüllten Klassen.
5. Baden-Württemberg liegt mit seiner Studierendenquote von 36,3 % weiter hinter der durchschnittlichen Quote in den OECD-Ländern zurück.  
Studiengebühren verschärfen die Selektion. 2007 war das Land Negativspitzenreiter mit einem Rückgang der Studienanfänger an Universitäten um 8,4 Prozent!  
Nur noch 13 Prozent der Studierenden kommen aus Arbeiterfamilien.
6. Die Weiterbildung genießt hohen Rang – aber vorrangig in Sonntagsreden, nicht in der praktischen Landespolitik. Wir brauchen endlich ein Weiterbildungsgesetz mit Frei-

stellungsregelungen und mehr Landesmittel für die Weiterbildungsträger.

Wir brauchen einen Bildungsaufbruch in Baden-Württemberg – im Interesse unserer Kinder, aber auch als Zukunftsvorsorge für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

Ich finde es skandalös, dass wir zu wenig für die Kinderbetreuung tun und uns große Klassen mit Stundenausfall leisten, während Junglehrer vergeblich eine Anstellung suchen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

seit der Föderalismusreform I ist die Beamtenpolitik Ländersache.

Wir haben nach langem Zögern der Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten eine formelle und tragfähige Vereinbarung über frühzeitige Beteiligungsrechte abschließen können, die jetzt mit Leben erfüllt werden muss.

In die aktuellen Themen mischen wir uns kompetent ein – ob Verwaltungsreform, Dienstrechtsreform, den Pensionsfonds des Landes, die vorgezogene Pension mit 67 oder die Gerüchte um eine negative Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes aus Kreisen der CDU-Landtagsfraktion.

Wir brauchen keine Verschlechterung, sondern endlich eine Verbesserung bei den Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten der Personalräte.

Die Mitbestimmungsdefizite müssen endlich aufgehoben werden und die bisherigen Mitwirkungs- und Anhörungsrechte zu vollen Mitbestimmungsrechten ausgebaut werden.

Wir wollen, dass die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen unter Einbeziehung der Personalvertretungen mit den Dienststellen ressortübergreifende Dienstvereinbarungen verhandeln können.

Wir wollen, dass die derzeitige ARGE der Hauptpersonalräte rechtlich verankert wird.

Wer einen modernen öffentlichen Dienst will, der muss ihn zusammen mit den Beschäftigten schaffen und das geht nicht mit weniger, sondern nur mit mehr Mitbestimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

selten sind in den letzten Jahren die Auswüchse des kapitalistischen Systems derart krass und überdeutlich zutage getreten – Entlassungen trotz sprudelnder Gewinne, Korruption und Steuerhinterziehung in großem Stil, astronomische Managergehälter, seit Jahren sinkende Realeinkommen, eine immer weiter auseinanderklaffende Schere von Arm und Reich, eine Steuerpolitik, die die Reichen noch reicher macht, ein Finanzsystem, dem die Brocken um die Ohren fliegen und das mit Milliardensummen aus Steuergeldern vor dem Kollaps gerettet werden muss.

Statt mehr Markt, statt mehr Egoismus, brauchen wir mehr soziale Gerechtigkeit und mehr soziale Absicherung.

Im Januar haben wir Ergebnisse des „DGB-Index Gute Arbeit“ für Baden-Württemberg vorgestellt.

Nur 13,3 Prozent der Beschäftigten in Baden-Württemberg beurteilen danach ihre Arbeit als „gut“, 55,9 Prozent als „mittelmäßig“ und 30,8 Prozent sogar als „schlecht“.

Trotz bester wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sind wir von „guter Arbeit“ im Ländle weit entfernt.

Gute Arbeit ist unser Leitthema für 2008.

Wir werden immer wieder den Finger in die Wunden zu legen.

„Gute Arbeit“ – das bedeutet vor allem eine Arbeit, von der man leben kann, also ein ausreichendes Einkommen.

Der Aufschwung muss auch bei den Beschäftigten ankommen, in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst.

Im nächsten Jahr wird der TV-L neu verhandelt. Wir müssen uns auf eine harte Tarifrunde einstellen.

Wir halten es für den falschen Weg, schon jetzt, wie es eine andere Spitzenorganisation vor einigen Tagen getan hat, 8 % zu fordern, obwohl jeder ganz genau weiß, dass darüber erst nächstes Jahr verhandelt wird.

Wir wollen unsere Mitglieder mit einbeziehen. Deshalb sieht unser Zeitplan wie folgt aus:

1. in den nächsten Monaten wird mit der Mitgliedschaft über die Höhe der Forderung diskutiert,
2. dann in den zuständigen Gremien beraten und eine Forderung beschlossen
3. und dann verhandelt.
4. Nach einem Tarifabschluss werden wir als Spitzenorganisation die 100%ige Übernahme des Tarifabschlusses für alle Beamtinnen und Beamten im Landesdienst fordern.

Wer erfolgreich Interessenspolitik betreiben will und nicht nur auf kurzfristige Schlagzeilen aus ist, der muss von Anfang an die Mitgliedschaft in die Tarifpolitik einbeziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen - und das gilt gleichermaßen für das

Tarifpersonal wie für die Beamtinnen und Beamten.

Gute Arbeit ist auch eine Arbeit, die nicht krank macht und mit der man vor allem auch gesund das Renten- bzw. Pensionsalter erreicht.

Die Rente mit 67 ist und bleibt eine politische Fehlentscheidung. Sie ist ein reines Rentenkürzungsprogramm.

Was von uns auf keinen Fall akzeptiert wird, ist der Versuch der Landesregierung, über eine schnellere zeitliche Anhebung der Pensionsaltergrenze den Beamtinnen und Beamten im Land erneut ein Sonderopfer abzuverlangen.

Hier sollen wieder einmal die Beamtinnen und Beamten für politische Versäumnisse bluten. Das müssen wir verhindern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Statt der Rente oder der Pension mit 67 brauchen wir alternsgerechte Arbeitsbedingungen, mehr Prävention und zeitgemäße Regelungen für einen flexiblen Altersübergang – in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Rainer Dahlem und Jürgen Borstendorfer übergeben heute ihr Amt an Jüngere.

Lieber Rainer, du warst seit 1991 Mitglied des DGB-Bezirksvorstands. In diesen 17 Jahren haben wir dich als einen dialogfähigen, ausgleichenden und verlässlichen Kollegen, als engagierten Gewerkschafter und Bildungspolitiker, kennen und schätzen gelernt.

Du bist aber auch ein Mann der Kultur, des Theaters, ein sehr erfolgreicher Schulbuchautor -

und du kannst sogar tanzen, eine Eigenschaft, die ich immer neidvoll beim Landespresseball bewundern konnte.

Deine ausgleichende und humorvolle Art hat dich zu einem beliebten Moderator auf vielen DGB-Veranstaltungen werden lassen.

Rainer und Jürgen, ihr habt euer Haus gut bestellt.

In einer Zeit allgemein rückläufiger Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften hat die GEW im Land es geschafft, ihre Mitgliederzahl auf 43.000 zu steigern.

Auf diese Erfolgsbilanz könnt ihr Beide stolz sein.

Ich möchte euch im Namen des DGB-Landesvorstandes unseren Dank und unsere Anerkennung durch zwei kleine Geschenke zum Ausdruck bringen.

Für dich, Rainer, etwas aus dem Bereich der Kultur, und für dich, Jürgen, aus dem Bereich der Pedale.

Lieber Rainer, lieber Jürgen, ihr könnt die Stafette guten Gewissens weitergeben.

Ich wünsche euch Beiden für die Zukunft alles Gute und der GEW eine weiterhin erfolgreiche Arbeit!